

Das „W“ bei GEW steht für Wissenschaft

hlz 9-10/2020, S. 23

Hallo Joachim,
zuvor Dank für eure Arbeit an und in der hlz – und dass du dir treu bleibst, wie immer und besonders auf der letzten Seite der September/Oktober-Ausgabe.

Was mich in dieser Ausgabe aber ärgert, ist der auf Seite 23 abgedruckte Aufruf zur Streichung der Beihilfefähigkeit für heilpraktische Leistungen.

Wie steht es in diesem Zusammenhang mit dem von Dir angemahnten "W" in der GEW? Wenn im Aufruf von Heilmethoden, „...für die die Schulmedizin(!) keine adäquaten Behandlungsansätze hat" die Rede ist, sind doch vor allem solche gemeint, für die es nach wissenschaftlicher Prüfung auch keinen Wirkungsnachweis gibt. Und wer solche Behandlungsansätze für sich wünscht, soll sie doch bitte auch selbst bezahlen. Schade nur, dass man das in Schleswig-Holstein noch nicht so sieht.

Den laut Aufruf „besonders stark betroffenen älteren Kolleg_innen" ist übrigens zu raten,

bei ernststen Beschwerden doch lieber auf die Schulmedizin(!) zu vertrauen...

Mit vielen Grüßen aus dem Ruhestand

MICHAEL BARTSCH
(ehem. Vorsitzender PR-Gym
und Fachgruppe Gym.)

sehr gefreut

Hallo liebe HLZler,
ich habe mich sehr über die Protest-Initiative bzgl. der Beihilfekürzungen gefreut. Mit der Behördenankündigung wird ein ganzer Berufsstand diskreditiert.

Meine Familie und ich haben bislang von dem breiten Spektrum alternativer Diagnose- und Behandlungsmethoden von Heilpraktiker_innen profitieren können, die im Übrigen oft auch dafür gesorgt haben, dass wesentlich teurere (u.a. auch operative) Behandlungen vermieden oder aufgeschoben werden konnten. Auch die gesetzlichen Krankenkassen erkennen inzwischen viele alternative Heilmethoden an und es besteht die Möglichkeit, diese mitversichern zu lassen.

Wenn jetzt die kompletten Leistungen der Heilpraktiker_innen im Beihilfesystem gestrichen werden, bedeutet

das NICHT – wie im Schreiben bzgl. Beihilfeveränderungen beschrieben – eine Angleichung an die gesetzlichen Krankenkassen, sondern eine BENACHTEILIGUNG und VERSCHLECHTERUNG!

Das ist überhaupt nicht zu akzeptieren und muss sofort wieder geändert werden!

Ich bitte daher die GEW, mit allen verfügbaren Kräften sich dafür einzusetzen, dass diese Streichungen zurückgenommen werden.

Mit sehr besorgten Grüßen

PETRA HAMANN
ReBBZ/Wilhelmsburg

angespannt

Gemäß der Ergebnisse einer jüngst durchgeführten Studierendenbefragung von HUL, Servicestelle Evaluation und AG Soziale Lage des Grundkurses "Methoden der Sozialwissenschaften" der Universität Hamburg, gaben 21,9 Prozent der befragten Studierenden (N=4528) an, in ihrer Wohnung nicht über einen eigenen Arbeitsplatz zu verfügen. Was die Stabilität der Internetverbindung anbelangt, gaben insgesamt 20,5 Prozent an, dass diese teils/teils (16,2 Prozent), meist nicht stabil (3,8 Prozent) bzw. nie oder fast nie stabil (0,5 Prozent) sei (N=4527). Außerdem hatten 44 Prozent der Befragten (N=4576) angegeben, Vereinsamung zu befürchten. Diese Ergebnisse waren im Ausschuss für Lehre und Studium der Uni vorgestellt worden.

62,1 Prozent der Befragten bewerteten den Wegfall von Lernorten auf dem Campus als eher negativ bzw. negativ für ihre Arbeits- und Leistungsfähigkeit im Studium.

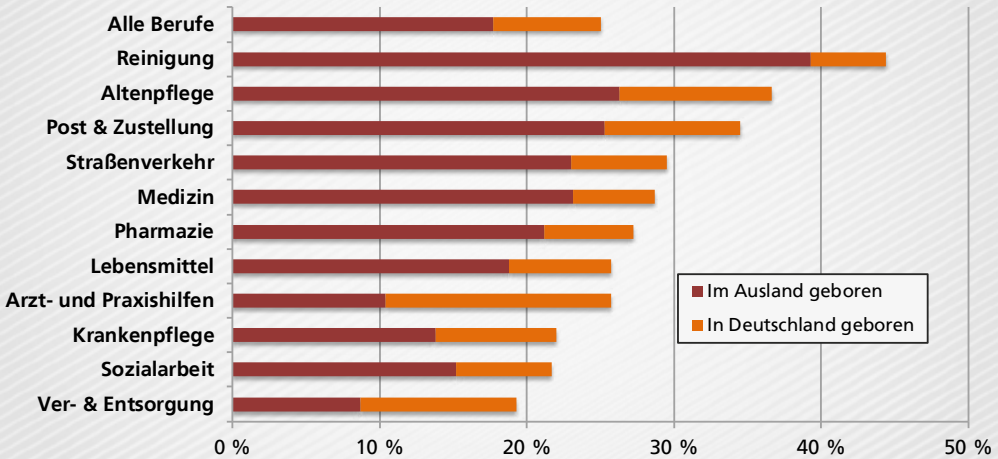
Anspruch auf Testung

Lehrkräfte und andere an Schule Beschäftigte gehören zu den Berufsgruppen, die für längere Zeit in Kontakt mit einer Vielzahl von anderen Menschen stehen. Deshalb ermöglicht die Schulbehörde ihren Beschäftigten, sich bis zu dreimal kostenlos auf eine Corona-Infektion testen zu lassen. Das Angebot gilt für alle Beschäftigten, die als Angestellte, Beamte oder Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst an einer staatlichen Schule oder einer Ersatzschule in Hamburg durch die Schulbehörde oder einen freien Schulträger beschäftigt sind. Die kostenlosen Tests sind bis zum Beginn der Weihnachtsferien möglich. Newsletter BSB vom 22. Oktober. Mehr Information» (Link: https://www.hamburg.de/bsb/13679646/corona-faqs/#anker_0)

Migrant*innen: Besonders systemrelevant

Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, 2018, in Prozent

ver.di



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: DeZIM-Institut, Datenbasis: SOEP.

V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVERSTAND – RESSORT 1 – FRANK WERNEKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Während der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund an allen Berufen etwa ein Viertel beträgt, liegt dieser bei Niedriglohn-Beschäftigten in systemrelevanten Berufen besonders hoch

splendabel

Die Corona-Pandemie hat Hamburger Schulen auf neue Ideen gebracht, um die Sicherheit in den Unterrichtsräumen zu erhöhen. So haben einige Schulen auf eigene Kosten in besonders beengten Klassenräumen große transparente Plexiglasscheiben vor den Lehrerpulten befestigen lassen, um ihre Lehrerinnen und Lehrer zu schützen. Andere Schulen haben aus ihrem Schulbudget sogenannte CO2-Ampeln angeschafft, um die Lüftungsintervalle in einzelnen Klassenräumen besser abschätzen zu können. Diese guten Ideen möchte die Schulbehörde jetzt aufgreifen und stellt jeder staatlichen Hamburger Schule ein zusätzliches Budget von rund 400 Euro pro Klassenraum zur Verfügung, um das Infektionsrisiko in den Klassenzimmern noch weiter zu reduzieren.

entspannt

Nach der Schulschließung im Frühjahr sind bei Hamburgs Schülerinnen und Schülern die Lernrückstände in einzelnen Kernfächern weniger dramatisch als befürchtet. Das gilt nach Aussage der Schulbehörde zumindest für die Jahrgangsstufen 4 und 5 und die Fächer Mathematik und Deutsch (Leseverstehen), in denen nach den Sommerferien der Lernstand verpflichtend geprüft wurde. Es seien »keine signifikanten Lernrückstände feststellbar«, sagte Martina Diedrich, die Direktorin des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ). Die Ergebnisse seien »auffällig unauffällig«. Daten zu anderen Fächern und Jahrgangsstufen gebe es nicht. Auch Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern lägen nicht vor, da nur Hamburg seine Schülerinnen und Schüler aufwendig teste.

verschieben

Wegen der unabsehbaren Dauer der Corona-Pandemie hält Hamburgs Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) eine Verlagerung von Entscheidungen vom Senat zum Parlament für geboten. »Jetzt, wo wir sicher wissen, dass das viel länger dauern wird als erhofft, glaube ich schon, dass wir uns als Parlament die Frage stellen müssen, wie wir ein Verfahren schaffen können, das bei grundlegenden Entscheidungen eine Abstimmung im Parlament sicherstellt«, sagte Veit der Deutschen Presse-Agentur. Schließlich werde die Lage immer komplizierter, das zu verteilende Geld knapper und die Konflikte würden etwa bei harten Corona-Einschränkungen größer. Niedersachsen fahre bereits eine ähnliche Debatte, deren Ergebnis sie sich genau ansehen werde.